



Sonder-Newsletter: Flüchtlingssituation in Deutschland

Sehr geehrte Damen und Herren,

viele Menschen in Deutschland sind bewegt vom Schicksal der Flüchtlinge, die in Europa Schutz suchen. Wie am vergangenen Wochenende am Münchener Hauptbahnhof helfen sie, oft spontan. Sie schaffen ein Klima des Willkommens und bieten gleichzeitig menschenverachtender Hetze die Stirn. Diese Bürgerinnen und Bürger sind mit ihrer Hilfsbereitschaft in Vorleistung gegangen. Und sie erwarten zu Recht, dass der Staat nun seinerseits seinen Teil beiträgt und schnell handelt. Die Spitzen der Koalition haben sich auf ein umfassendes Gesamtpaket des Bundes geeinigt. Dabei hat die SPD klargestellt:



Am Grundrecht auf Asyl wird nicht gerüttelt!

Der Bund wird im Gegenteil weitere 6 Mrd. Euro pro Jahr für Versorgung und Integration der Flüchtlinge zur Verfügung stellen, davon 3 Mrd. Euro für eigene Ausgaben des Bundes für Flüchtlinge und 3 Mrd. Euro als Unterstützung von Ländern und Kommunen. Nun muss rasch eine Einigung mit den Ländern gefunden werden. Bund, Länder und Kommunen müssen gemeinsam an einem Strang ziehen.

Deutschland und Europa stehen vor einer großen Bewährungsprobe. Die Politik hat nun wichtige Weichen gestellt, aber sicherlich wird es weiteren Handlungsbedarf geben. Ich möchte mich herzlich bei allen ehrenamtlichen Helfern, aber auch bei den beruflich Engagierten für ihren großartigen Einsatz bedanken - genau wie den Bürgerinnen und Bürgern, die sich den dumpfen Parolen der Fremdenfeindlichen entgegenstellen. Sie prägen ein weltoffenes und hilfsbereites Bild unseres Landes. Ich freue mich darüber aufrichtig und bin in diesen Tagen sehr stolz auf Deutschland.

Herzlichen Dank !

Ihr





Mehr Hilfe für Kommunen

Kommunen und Länder tragen die Hauptlast bei Aufnahme und Versorgung der Flüchtlinge.

- Der Bund wird Ländern und Kommunen zusätzlich zu bereits beschlossenen Entlastungen ab 2016 weitere 3 Mrd. Euro zur Verfügung stellen.
- Der Bund unterstützt Länder und Kommunen beim Ausbau von 150.000 winterfesten Plätzen in Erstaufnahmeeinrichtungen, indem er Liegenschaften mietzinsfrei überlässt.
- Um Kommunen zusätzlich zu entlasten, brauchen wir schnellere Asylverfahren. Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, muss die Entscheidung über das Bleiberecht in maximal drei Monaten gefällt werden.

Die Ausgaben für Flüchtlinge gehen nicht auf Kosten anderer Belange. Der Bund ist in der Lage, einen angemessenen Teil der Kosten für die Versorgung der Flüchtlinge zu stemmen, ohne seine Investitionen in Bildung oder Verkehrsinfrastruktur zurückfahren zu müssen.



Integrationskraft und Zusammenhalt unserer Gesellschaft stärken

Der Bund wird die Mittel für Sprach- und Integrationskurse sowie Programme für berufsbezogene Sprachförderung dem gestiegenen Bedarf anpassen. Wir setzen uns darüber hinaus als SPD-Fraktion weiter dafür ein, dass auch die Förderung der Sprachkompetenz von Kleinkindern im Rahmen des Kita-Sprachprogramm erhöht wird.

Asylsuchende, die bei uns bleiben, müssen die Chance haben, bald nach ihrer Ankunft Arbeit zu finden, damit sie sich und ihre Familien eigenständig versorgen können. Deshalb wird der Bund die Mittel für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sowie für berufsbezogene Deutschförderung und für qualifiziertes Personal in Jobcentern aufstocken.





Europas Werte verteidigen

Deutschland muss die Werte verteidigen, die Europa so lebenswert machen. Dazu gehört es, Menschen in Not zu helfen. Wenn es darum geht, Flüchtlinge menschenwürdig aufzunehmen und zu versorgen, müssen daher alle Staaten ihre Verpflichtungen, die sie nach Dublin III haben, erfüllen. Wer sich seiner Verantwortung entzieht, der stellt seine Eignung für ein vereintes Europa infrage.

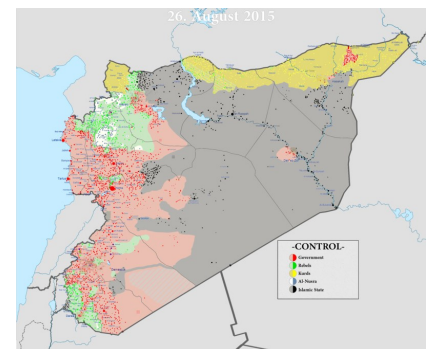
Die Europäische Union darf keine Zeit mehr verlieren, sondern muss nun geschlossen und entschlossen handeln. Wir erwarten zügige Entscheidungen. Die Europäische Union muss eine einheitliche Linie in der Asyl- und Flüchtlingspolitik finden. Notwendig ist eine faire Verteilung der Menschen, die in Europa Zuflucht suchen. Auch beim Kampf gegen Schleuserkriminalität und gegen die Fluchtursachen in den Herkunftsländern muss Europa vereint agieren.



Fluchtursachen besser bekämpfen

Menschen brauchen in ihrer Heimat eine Perspektive auf ein gutes Leben in Sicherheit. Nur dann werden wir die Ursachen von Flucht wirksam eindämmen. Rasche humanitäre Hilfe in den Flüchtlingslagern der Krisenregionen, Stabilisierung und Aufbauhilfe in den Herkunftsländern sowie längerfristige Entwicklungszusammenarbeit müssen daher Hand in Hand gehen. Die SPD hat durchgesetzt, dass Deutschland sein Engagement für Krisenbewältigung und -prävention stark ausbauen: Die dafür vorgesehenen Mittel im Haushalt des Auswärtigen Amts werden um 400 Mio. Euro jährlich aufgestockt.

Gleichzeitig wird der Bund die Visastellen in den Auslandsvertretungen personell verstärken und insbesondere in den Herkunftsländern des Westbalkans intensiv über Asylchancen und Migrationsmöglichkeiten aufklären. Den Verheißungen der organisierten Schleuserkriminalität und den Gerüchten in sozialen Netzwerken müssen wir ein realistisches Bild der asyl- und aufenthaltsrechtlichen Chancen in Deutschland entgegensetzen.





Wir kümmern uns um die Sorgen aller Menschen in Deutschland

Wir wollen gemeinsam mit denen, die zu uns kommen, die Chancen nutzen, die in der Zuwanderung stecken. Das schaffen wir, wenn unsere Gesellschaft zusammenhält.

Deshalb dürfen wir nicht die Sorgen der Menschen aus dem Blick verlieren, die schon bei uns leben. Auf unserer Klausurtagung in Mainz hat die SPD-Bundestagsfraktion konkrete Beschlüsse für gute Pflege, mehr bezahlbaren Wohnraum und digitale Teilhabe gefasst:

- Viele Menschen sorgen sich darum, ob sie im Alter gut versorgt werden. In unserem Beschlusspapier machen wir klar: Nur mit fairen Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte sichern wir eine qualitativ gute Pflege.
- In vielen Städten und Ballungsräumen hält der Zuzug weiter an. Ausreichend bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, bleibt deshalb ganz oben auf unserer Agenda.
- Bildung und Lernen sind entscheidend, damit alle profitieren können. In unserem Beschlusspapier schlagen wir ein konkretes Maßnahmenpaket vor.



Kontakt Carsten Träger, MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

T 030 227 778 01
F 030 227 768 01

Wahlkreis Fürth
Hirschenstr. 24
90762 Fürth

T 0911 810 133 0
F 0911 810 133 11

Wahlkreis Ansbach
Spelberggasse 1
91781 Weißenburg i. Bay.

T 09141 995 834 0
F 09141 995 834 1

carsten.traeger@bundestag.de
www.carsten-traeger.de